

Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Arbeitskreis Straffälligenhilfe

Rahmendaten zum Termin	
Termin	27.03.2019
Ort	Hannover
Teilnehmer(-innen)	Böttcher, Nastassia/KWABSOS e. V., Goiny, Marian/Lüneburger Straffälligen- u. Bewährungshilfe e. V., Mühlenberg, Karin/NGSB e. V., Schumacher, Christiane/Paritätischer Wohlfahrtsverband Nds. e. V., Tetzlaff, Torsten/Lüneburger Straffälligen- u. Bewährungshilfe e. V., Tugendheim, Thomas/KWABSOS e. V., Voß, Henning/Cura e. V.
Entschuldigt	Abele, Hans-Dieter/Kontakt in Krisen e. V., Ebeling, Frido/Albert-Schweitzer-Familienwerk e. V., Heinemann, Petra/Neue Chance e. V., Hüncken, Arend/Kontakt e. V., Penk, Irmgard/Neue Chance e. V.
Protokollführung	Schumacher, Christiane

TOP I: Tagesordnung, Protokoll

ERGEBNIS

- Frau Schumacher begrüßt die Teilnehmenden.
- Es folgt eine Vorstellungsrunde
- Die Tagesordnung wird wie vorgelegt bestätigt.
- Das Protokoll vom 05.12.2018 wird ohne Änderungen und Ergänzungen genehmigt.

TOP 2: Neues aus den Einrichtungen

Herr Goiny berichtet, dass der Verein zum 01.01.2019 einen neuen Mitarbeiter eingestellt hat als Nachfolger für einen ausgeschiedenen langfristig erkrankten Kollegen. Wegen des krankheitsbedingten Ausfalls des ausgeschiedenen Mitarbeiters konnten die Wohnplätze im letzten Jahr nicht voll belegt werden mit der Folge, dass im Wirtschaftsjahr 2018 ein erhebliches Defizit erwirtschaftet wurde. Das Projekt „Geldverwaltung“ läuft gut. Die Geldzuweisungen sind weiterhin schwach.

Herr Voß berichtet, dass sich die intensive Öffentlichkeitsarbeit auf die finanzielle Situation des Vereins positiv ausgewirkt hat. Die Zuweisungen über die StA haben erheblich zugenommen und auch das Spendenaufkommen hat sich erhöht. Das Projekt „Geldverwaltung“ konnte seine Teilnehmerzahl steigern. Der Wohnungsmangel ist in Braunschweig ein großes Problem. Herr Voß engagiert sich im „Bund für Wohnen“ und ist Sprecher des „Notruf Wohnungsmarkt“.

Frau Mühlenberg spricht ihren Eindruck an, dass Personen keine Mietverträge erhalten, die als Adresse die einer JVA oder Obdachlosenunterkunft angeben. Dieser Eindruck wird von anderen Teilnehmenden bestätigt. Für die Bewohner eines betreuten Wohnheims sind die Chancen besser.

Herr Tugendheim berichtet, dass das neue Projekt des Antiaggressions-/Konflikttrainings in der JVA für Frauen jetzt mit Verspätung gestartet ist. Die Finanzierung erfolgt durch die JVA. Seit dem 1. März wird eine neuer Kollege beschäftigt. Auf Grund mehrerer Langzeiterkrankten ist die personelle Situation schwierig.

Das Jobcenter hat angefragt, ob der Verein ein Modellprojekt „rehapro“ durchführen will. Ein Förderantrag ist gestellt aber noch nicht entschieden.

TOP 3: Finanzierung der Anlaufstellen und Wohnprojekte

Aktueller Sachstand:

Bezüglich der Verteilung der um 200.000 € erhöhten Haushaltsmittel konnte zwischen allen Anlaufstellen eine Einigung erzielt werden. Es sieht aktuell so aus, dass sich alle an diese Abmachung halten.

Bezüglich der zusätzlichen 500.000 € konnte ebenfalls eine Einigung erzielt werden. Ein entsprechender Vorschlag ist Frau Tilgner geschickt worden. Er würde dazu führen, dass die paritätischen Anlaufstellen tatsächlich eine 90 %-tige Förderung der Personalkosten zzgl. einer Sachkostenpauschale von 15 % erhalten. Eine Bestätigung steht noch aus. Die Antragsteller werden dann vom AJSD noch eine Info erhalten, dass sie einen geänderten Kosten- und Finanzierungsplan einreichen sollen.

Die Teilnehmenden diskutieren praktische Probleme im Zusammenhang mit der Förderung:

Wegen der neuen Fördergrundlage prüft der AJSD besonders gründlich. Auch ein Nachweis der Sachkosten wird verlangt. Problematisch ist, dass bei der Prüfung der Förderfähigkeit von Personalkosten TVL-Durchschnittsgehälter zugrunde gelegt werden, die Mitarbeitende mit einem Alter von 31 Jahren und einem Kind erhalten. Diese Mittelwerte werden vom Landesamt für Bezüge ermittelt. Sie entsprechen aber nicht der Realität der Anlaufstellen. Die Frage ist, ob diese angekündigte Praxis rechtlich angreifbar ist. Die Prüfung soll zunächst zurückgestellt werden, um die Auszahlung nicht zu verzögern.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass wegen der veränderten Fördergrundlage die (erstmalige) Antragsprüfung erheblich mehr Zeit in Anspruch nimmt. Bisher sind noch keine Bescheide ergangen und deshalb auch noch keine Auszahlungen vorgenommen worden. Die Gelder müssen daher vorfinanziert werden, ggf. über Darlehen. Mit einer Auszahlung ist erst Ende April/Anfang Mai zu rechnen.

Das 40-jährige Bestehen der Anlaufstellen ist vom Expertenkreis auf 2020 datiert worden. Frau Schumacher teilt mit, dass der Paritätische eine verbandsübergreifende Veranstaltung für sinnvoll hält. Herr Voß wird das im Expertenkreis kommunizieren. Der Expertenkreis wird sich in Abstimmung mit Herrn Fischer Gedanken über die Gestaltung machen.

ERGEBNIS

- Veränderte Auslegung der förderfähigen Personalkosten
- Verzögerung bei der Auszahlung der Fördergelder
- Planung der Jubiläumsveranstaltung 2020 durch den Expertenkreis/LAG

TOP 4: Täterberatung Häusliche Gewalt

Die LAG Täterberatung hat diskutiert, schon jetzt Förderanträge für 2020 zu stellen und zwar in der Höhe, in der tatsächlich eine Förderung benötigt würde. KWABSOS hat 60.000,00 € beantragt.

ERGEBNIS

- Es bleibt abzuwarten, ob alle II geförderten Einrichtungen entsprechende Anträge stellen werden.
- Die mangelnde Finanzierung der Täterberatung soll bei den fachpolitischen Gesprächen thematisiert werden.

TOP 5: Ambulante Angebote für straffällig gewordene junge Menschen

Zur Umsetzung einer EU-Richtlinie soll das JGG geändert werden. Das BMJV hat hierzu einen Referentenentwurf vorgelegt. Die Rechte jugendlicher Straftäter sollen verbessert und die Stellung der Jugendgerichtshilfe gestärkt werden.

ERGEBNIS

- Frau Schumacher wird erfragen, ob der Gesamtverband eine Stellungnahme erarbeitet.

TOP 6: Politische Gespräche

Es werden Themen für die Gespräche gesammelt und diskutiert.
 Gewünscht werden auch Gespräche des Expertenkreis Straffälligenhilfe mit der Justizministerin und der Sozialministerin mit mehreren Teilnehmenden aus dem Paritätischen bzw. den paritätischen Mitgliedsorganisationen – wie in der Vergangenheit auch.

ERGEBNIS

- Frau Schumacher wird eine Auflistung der gesammelten Themen an die Arbeitskreismitglieder senden.
- Die Arbeitskreismitglieder werden Frau Schumacher rückmelden, bei welchen Themen Sie die Schwerpunkte sehen.
- Die Anfragen bei den Rechtspolitikern der Landtagsfraktionen nach Terminen für fachpolitische Gespräche sollen nächste Woche gestartet werden.
- In den Anfragen soll den Politikern auch für die Unterstützung im letzten Jahr gedankt werden.
- Hr. Goiny macht einen Formulierungsvorschlag.
- Zur konkreten Vorbereitung der Gespräche soll ein gesondertes Treffen stattfinden.
- Frau Schumacher gibt den Wunsch nach den Gesprächen mit den Ministerinnen innerhalb des Paritätischen weiter.

TOP 7: Neues aus dem Expertenkreis

Herr Voss berichtet von der Sitzung am 30.01.2019:
 Herr Schmeinck hat von Herrn Kupka das Amt des Sprechers des Expertenkreises übernommen.
 Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Anlaufstellen gibt es große Differenzen bei den Sachkosten.
 Eine finanzielle Entlastung der Träger ist nur über eine Reduzierung des Eigenmittelanteils möglich.
 Die Wohngruppen sollen in die Finanzierung mit einbezogen werden.
 Die 500.000 €, die über die politische Liste bereitgestellt werden, werden in vollem Umfang benötigt. Der Bedarf übersteigt diese Mittel erheblich.
 Bei zukünftigen Änderungen der Richtlinien soll der AJSD mit einbezogen werden.
 Das MJ bemängelt, dass die Förderung der Anlaufstellen immer noch als „unsichere“ Projektförderung negativ dargestellt wird.
 Vom 22. bis zum 23.10.2019 findet der Praxisworkshop zum Übergangsmanagement in der Katholischen Akademie in Stapelfeld statt mit Grußworten von Herrn Staatssekretär Dr. von der Beck, Herrn Teetzmann (OLG Oldenburg) und Herrn Loth. Das Impulsreferat wird sich mit der Digitalisierung im Übergangsmanagement befassen.
 Es ist mit einer behördlichen Forderung nach einer Evaluation zur Wirksamkeit des Übergangsmanagements zu rechnen. Hierzu ist noch eine Haltung zu entwickeln.
 Die nächste Sitzung findet statt am 19.06.2019.

TOP 8: Verschiedenes / Termine

Frau Schumacher berichtet, dass der Arbeitskreis ASTRO des Gesamtverbandes den Entwurf einer Positionierung zur Ersatzfreiheitsstrafe vorgestellt hat, die von der

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe erarbeitet worden ist. Sie hat den Entwurf an alle AK-Mitglieder verschickt und keine negativen Rückmeldungen erhalten. Der AK ASTRO ist entsprechend informiert.

Frau Schumacher weist auf die Aktion „Du bist Ehrensache“ zum 70-jährigen Jubiläum des Paritätischen hin. Die Teilnehmenden haben bisher noch keine entsprechende Post erhalten.

Sie macht die Teilnehmenden außerdem darauf aufmerksam, dass auch nach Ablauf der Frist noch Anmeldungen zum Paritätischen Fachtag zur Europawahl am 25.04.2019 möglich sind.

Der Termin für die nächste Arbeitskreissitzung wird verabredet.

ERGEBNIS

- Die nächste Arbeitskreissitzung findet am 04.09.2019 statt.

Verteiler

- a. Mitglieder des AK Straffälligenhilfe
- b. Abteilungsleitung Abt. I
- c. Vorstandsvorsitzende

Hannover, 03.04.2019

Christiane Schumacher
Referat Recht